

Inhaltsverzeichnis:

- I. Bildung und Kita**
 - II. Auswärtige Angelegenheiten**
 - III. Europäische Union**
 - IV. Finanzen und Haushalt***
 - V. Forschung, Technologie und Raumfahrt**
 - VI. Gesundheit**
 - VII. Inneres und Kommunen**
 - VIII. Kultur und Medien**
 - IX. Landwirtschaft, Heimat und Ernährung**
 - X. Recht und Verbraucherschutz**
 - XI. Sprache und Dialekte**
 - XII. Sport**
 - XIII. Tourismus**
 - XIV. Umwelt und Klimaschutz**
 - XV. Verkehr**
 - XVI. Verwaltung und Digitales**
 - XVII. Wirtschaft und Energie**
 - XVIII. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
 - XIX. Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**
 - XX. Wahlen und Direktdemokratie**
 - XXI. Ehemalige DDR-Bundesländer**
-

Themen die mit * markiert sind, sind noch in der Überarbeitung

Programm der Democratae Liberales

Präambel

Deutschland steht an einem Scheideweg. Die kommenden Jahrzehnte werden geprägt sein von rasantem technologischem Wandel, geopolitischen Spannungen, dem Klimawandel und tiefgreifenden demografischen Veränderungen. Diese Herausforderungen lassen sich nicht durch mehr staatliche Kontrolle oder immer neue Vorschriften meistern, sondern nur durch mehr Freiheit, Eigenverantwortung und Mut zu Innovation.

Die Democratae Liberales sind davon überzeugt, dass Menschen am besten selbst wissen, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Der Staat ist dazu da, Freiheit zu schützen, Eigentum zu sichern, Gerechtigkeit zu wahren und Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu schaffen – nicht dazu, jeden Lebensbereich zu regeln. Wir treten für eine Gesellschaft ein, die offen, leistungsbereit und tolerant ist, in der Leistung belohnt wird und Solidarität denjenigen gilt, die sie wirklich brauchen.

Unsere Politik folgt drei Leitprinzipien: Freiheit als Grundwert, Verantwortung als Verpflichtung und Fortschritt als Ziel.

Bildung und Kita

Bildung ist der Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie befähigt Menschen, selbstbestimmt zu leben und die Chancen des Lebens zu nutzen. Unser Ziel ist es, jedem Kind – unabhängig von Herkunft und Einkommen – den bestmöglichen Bildungsweg zu ermöglichen.

Wir setzen auf ein vielfältiges Schulsystem mit klaren Leistungsanforderungen. Hauptschule, Realschule und Gymnasium bleiben als eigenständige Schulformen erhalten, werden jedoch modernisiert, um den Anforderungen einer sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden. Die freie Schulwahl soll bundesweit garantiert sein, sodass Eltern und Schüler selbst entscheiden können, welche Schule am besten passt.

Die Finanzierung der Kitas wird klar geregelt: Die Kommunen tragen die Personal- und Betriebskosten, während die Länder die Gebührenfreiheit für Kitas und Horte sicherstellen. So werden Familien entlastet, ohne die kommunalen Haushalte zu überfordern.

Wir fordern bundesweit einheitliche Bildungsstandards, die auf der Kultusministerkonferenz verbindlich vereinbart werden. Die Lehrpläne sollen flexibel auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen reagieren – wenn in der Landwirtschaft eine Krise herrscht oder in der IT-Branche Fachkräftemangel besteht, muss dies zeitnah Eingang in den Unterricht finden. Digitale Kompetenzen werden in allen Fächern gestärkt, ebenso wie kritisches Denken, Medienkompetenz und wirtschaftliches Grundwissen.

Unsere Vision: Schulen mit moderner Ausstattung, hochqualifizierten Lehrkräften, praxisnahen Inhalten und einer Kultur der Leistung und Chancengerechtigkeit.

Auswärtige Angelegenheiten

Außenpolitik muss auf klaren Werten und realistischen Interessen basieren. Deutschland ist als größte Volkswirtschaft Europas und eine der führenden Industrienationen der Welt in besonderer Verantwortung, Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu fördern – ohne dabei die eigenen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen zu vernachlässigen.

Wir treten ein für eine aktive, aber besonnene Außenpolitik. Militärische Einsätze sind für uns nur dann gerechtfertigt, wenn sie einem klar definierten Ziel dienen, politisch legitimiert sind, ein realistisches Ausstiegsszenario haben und dem Schutz von Frieden, Sicherheit oder Menschenrechten dienen. Vorrang haben immer diplomatische und wirtschaftliche Instrumente.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist ein zentrales außenpolitisches Werkzeug. Freihandelsabkommen, Investitionsschutzverträge und Kooperationen im Bereich Forschung und Technologie stärken Deutschlands Position und schaffen Wohlstand im In- und Ausland.

Gleichzeitig setzen wir auf eine Außenpolitik der Unabhängigkeit: Deutschland muss seine wirtschaftlichen und energiepolitischen Abhängigkeiten reduzieren, um politisch handlungsfähig zu bleiben. Das gilt insbesondere gegenüber autoritären Regimen.

Europäische Union

Wir sehen die Europäische Union als historisch einmaliges Friedens- und Wohlstandsprojekt. Doch sie ist in den letzten Jahren zu sehr in nationale Kompetenzen eingedrungen und hat sich in Bereichen engagiert, die besser von den Mitgliedsstaaten geregelt werden.

Unsere Linie ist klar: Die EU soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren – den Binnenmarkt, den Schutz der Außengrenzen, gemeinsame Forschung, den Klimaschutz und eine abgestimmte Außenpolitik. Fragen der inneren Sicherheit, Migrationspolitik und Bildung gehören in nationale Verantwortung.

Die Sicherung der EU-Außengrenzen ist für uns unverzichtbar, um die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums zu erhalten. Wir fordern moderne Grenzsicherungssysteme, eine effiziente Registrierung von Einreisenden und eine konsequente Rückführung von Personen ohne Schutzanspruch. Deutschland behält sich vor, temporäre Grenzkontrollen an seinen Binnengrenzen einzuführen, wenn Sicherheits- oder Migrationsdruck dies erfordern.

Wir wollen die EU demokratischer machen: Entscheidungen sollen stärker von den Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat getroffen werden, während nicht gewählte Institutionen weniger Einfluss auf nationale Gesetzgebung haben. Die EU-Finzen müssen transparenter werden, mit einer klaren Kontrolle durch die nationalen Parlamente.

Finanzen und Haushalt

Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ist das Fundament für Wohlstand, Stabilität und soziale Sicherheit. Jeder Euro, den der Staat ausgibt, stammt aus der Arbeit seiner Bürger – und mit diesem Geld muss sorgsam umgegangen werden. Wir setzen auf Haushaltsdisziplin, niedrige Steuern und zielgerichtete Investitionen in die Zukunft.

Unsere klare Linie: Keine Steuererhöhungen für niemanden. Weder für Bürger noch für Unternehmen. Steuerpolitik muss Leistung belohnen und Investitionen fördern, nicht durch immer neue Belastungen hemmen. Die Schuldenbremse im Grundgesetz ist für uns ein unverzichtbares Instrument, um kommende Generationen nicht mit den Schulden von heute zu belasten. Ausnahmen dürfen nur in echten nationalen Krisen gelten und müssen mit einem verbindlichen Tilgungsplan verbunden sein.

Subventionen werden einer radikalen Überprüfung unterzogen. Förderungen, die keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen bringen oder nur Partikularinteressen bedienen, werden abgebaut. Gleichzeitig setzen wir gezielt Anreize für zukunftsweisende Investitionen – beispielsweise durch einen Gründerbonus, der es jungen Unternehmen in den ersten drei Jahren ermöglicht, mit deutlich reduzierten Steuern und vereinfachter Buchführung zu arbeiten.

Die Verwaltung öffentlicher Mittel muss effizient, transparent und digitalisiert werden. Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, wofür ihr Geld verwendet wird. Wir fordern ein jährliches „Bürgerbudget“ – eine verständliche, übersichtliche Aufschlüsselung aller Staatseinnahmen und -ausgaben.

Programm der Democratiae Liberales

Mit einer konsequenten Ausgabendisziplin und einem investitionsfreundlichen Steuerrecht sichern wir die wirtschaftliche Stabilität und schaffen die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand.

Forschung, Technologie und Raumfahrt

Deutschland war in der Vergangenheit ein Land der Erfinder, Ingenieure und Wissenschaftler. Damit wir diesen Status auch im 21. Jahrhundert behalten, müssen wir Forschung und Innovation zur nationalen Priorität machen.

Wir wollen gezielt in Schlüsseltechnologien investieren: Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Quantencomputing, erneuerbare Energien, moderne Speichertechnologien, nachhaltige Industrieprozesse und Raumfahrt. Dabei gilt: Der Staat soll Innovationen anschieben, aber nicht durch Bürokratie erdrücken. Forschungsgelder müssen mit klaren Erfolgskriterien vergeben werden – wissenschaftlicher Fortschritt muss, wenn möglich, auch wirtschaftlich nutzbar sein.

Die Raumfahrt betrachten wir nicht nur als wissenschaftliche, sondern auch als wirtschaftliche Chance. Deutschland soll als Anbieter von Satellitentechnologien, Startdiensten und Weltrauminfrastruktur global konkurrenzfähig werden. Kooperationen mit privaten Raumfahrtunternehmen sind ausdrücklich erwünscht, um Innovation zu beschleunigen.

Für Start-ups und innovative Mittelständler schaffen wir ein investitionsfreundliches Klima: schnelle Genehmigungsverfahren, digitale Unternehmensgründung innerhalb weniger Tage, steuerliche Förderung von Forschungsausgaben. Hochschulen sollen stärker mit Unternehmen kooperieren, damit Forschungsergebnisse schneller in marktreife Produkte überführt werden.

Technologischer Fortschritt ist kein Selbstzweck – er ist unser Weg, um Wohlstand, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden.

Gesundheit

Eine hochwertige Gesundheitsversorgung ist für uns unverzichtbar – aber sie muss effizient, patientenorientiert und innovationsfreundlich sein. Wir wollen, dass Patienten Wahlfreiheit haben, Ärzte mehr Zeit für ihre Arbeit und das System insgesamt zukunftssicher wird.

Wir führen die verpflichtende elektronische Patientenakte ein, damit medizinische Daten sicher gespeichert und im Notfall sofort verfügbar sind. Doppeluntersuchungen werden vermieden, Behandlungen besser koordiniert. Telemedizin soll flächendeckend ausgebaut werden – Arztgespräche per Video, digitale Rezepte und Fernüberwachung bei chronischen Erkrankungen gehören zum Standard.

Das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wird beibehalten. Wettbewerb zwischen den Systemen sorgt für Qualität und Innovation. Wer möchte, soll leichter zwischen GKV und PKV wechseln können.

Programm der Democratiae Liberales

Wir setzen auf Prävention und Eigenverantwortung: Gesundheitskurse, sportliche Betätigung und Vorsorgeuntersuchungen sollen steuerlich gefördert werden. Gleichzeitig wollen wir Bürokratie im Gesundheitswesen abbauen, indem wir den Dokumentationsaufwand für Ärzte reduzieren und digitale Abläufe stärken.

Unser Ziel ist ein Gesundheitssystem, das nicht nur im internationalen Vergleich Spitze ist, sondern auch auf neue Herausforderungen – wie Pandemien oder demografische Veränderungen – flexibel reagieren kann.

Inneres und Kommunen

Sicherheit ist die Grundlage für Freiheit. Ohne funktionierende Polizei, klare Gesetze und verlässliche Gerichte kann keine Gesellschaft dauerhaft frei bleiben.

Wir setzen auf eine starke, bürgernahe Polizei, die personell, technisch und finanziell gut ausgestattet ist. Die föderale Struktur der Landespolizeien bleibt erhalten, da regionale Besonderheiten am besten vor Ort berücksichtigt werden können. Der Bund unterstützt bei länderübergreifender Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere bei Terrorismus, organisierter Kriminalität und Cyberangriffen.

An den deutschen Grenzen sollen temporäre Kontrollen jederzeit möglich sein, wenn Sicherheitslagen dies erfordern. Der Schutz der EU-Außengrenzen ist ebenfalls unverzichtbar, um Freizügigkeit im Schengen-Raum zu erhalten. Öffentliche Überwachung darf es nur auf klarer gesetzlicher Grundlage und unter strengen Datenschutzauflagen geben – Sicherheit darf nicht zur Massenüberwachung führen.

Kommunen sind das Fundament der Demokratie. Sie sollen mehr eigene Einnahmen behalten und mehr Entscheidungsfreiheit bei lokalen Projekten haben. Entscheidungen, die das unmittelbare Lebensumfeld betreffen, sollen auch direkt von den Bürgern vor Ort getroffen werden können – etwa durch kommunale Abstimmungen.

So schaffen wir eine Balance aus Sicherheit, Freiheit und lokaler Selbstbestimmung.

Kultur und Medien

Kultur ist mehr als Unterhaltung – sie ist Ausdruck unserer Freiheit, unserer Werte und unserer Identität. Wir wollen kulturelle Vielfalt sichern und gleichzeitig die Medienlandschaft unabhängig und plural halten.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird grundlegend reformiert: Er soll sich auf Information, Bildung, Kultur und hochwertige Unterhaltung konzentrieren, Doppelstrukturen abbauen und die Finanzierung transparenter gestalten. Der Rundfunkbeitrag muss so bemessen sein, dass er die Kernaufgaben erfüllt, aber keine Überversorgung finanziert.

Programm der Democratiae Liberales

Kulturförderung soll dezentral erfolgen – Länder und Kommunen wissen am besten, welche Projekte vor Ort wichtig sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Kulturfördermittel unbürokratisch vergeben werden und auch kleinere Initiativen eine Chance bekommen.

Medienfreiheit ist für uns unantastbar. Gleichzeitig fördern wir Projekte, die demokratische Werte stärken und Extremismus – ob von rechts oder links – entgegenzutreten. Journalisten müssen ohne Angst vor politischer oder wirtschaftlicher Einflussnahme arbeiten können.

Eine offene Gesellschaft braucht offene Medien und eine Kultur, die Widerspruch aushält.

Landwirtschaft, Heimat und Ernährung

Eine starke Landwirtschaft ist unverzichtbar – für unsere Ernährungssicherheit, unsere Kulturlandschaften und unsere wirtschaftliche Stabilität im ländlichen Raum. Wir sehen Landwirte als Unternehmer, die Verantwortung übernehmen, hochwertige Lebensmittel produzieren und gleichzeitig Natur und Ressourcen schonen. Politik darf sie nicht durch Vorschriften erdrücken, sondern muss Rahmenbedingungen schaffen, die wirtschaftliches Arbeiten möglich machen.

Wir setzen auf einen klugen Mix aus verbindlichen Standards und marktwirtschaftlichen Anreizen. Mindeststandards für Tierwohl und Umweltschutz sind notwendig, sollen aber praxisnah gestaltet sein. Darüber hinaus sollen freiwillige Programme für Landwirte geschaffen werden, die überdurchschnittliche Leistungen beim Klima- oder Artenschutz erbringen – und dafür fair entlohnt werden.

Regionale Produktion wollen wir fördern, indem wir Direktvermarktung, Hofläden und kurze Lieferketten unterstützen. Verbraucher sollen die freie Wahl haben, welche Produkte sie kaufen. Wir lehnen verpflichtende Herkunftskennzeichnungen ab, setzen aber auf transparente Informationen, damit mündige Bürger selbst entscheiden können.

Unsere Heimat lebt nicht nur von Städten, sondern vor allem von ländlichen Regionen. Diese müssen besser angebunden werden – digital wie verkehrstechnisch. Landwirtschaft, Handwerk und Tourismus sind dort wichtige Säulen, die wir stärken wollen.

Recht und Verbraucherschutz

Ein funktionierender Rechtsstaat ist Grundlage jeder liberalen Demokratie. Gerechtigkeit muss schnell, zuverlässig und für alle zugänglich sein. Gleichzeitig setzen wir beim Verbraucherschutz auf Freiheit und Eigenverantwortung, ergänzt durch Transparenz und Aufklärung.

Wir wollen die Justiz umfassend digitalisieren. Bürger sollen Termine online vereinbaren können, Akten digital einsehen und bei Bagatellverfahren auch rein digitale Verfahren nutzen können. Damit entlasten wir die Gerichte und schaffen schnellere Abläufe.

Programm der Democratiae Liberales

Der Verbraucherschutz soll in erster Linie auf Information beruhen: Klare Kennzeichnungen und verständliche Informationen befähigen die Bürger, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Nur in gravierenden Fällen, in denen die Gesundheit unmittelbar bedroht ist, sind Verbote gerechtfertigt. Wir lehnen staatliche Bevormundung ab.

Darüber hinaus wollen wir die Meinungsfreiheit stärken. Unnötige Einschränkungen müssen abgebaut werden, die Grenzen dürfen nur dort liegen, wo die Rechte anderer verletzt werden. Der Straftatbestand der „Politikerbeleidigung“ wird abgeschafft – Kritik an Mandatsträgern darf keinen Sonderstatus haben. Demokratie lebt vom offenen Diskurs, auch wenn er unbequem ist.

Sprache und Dialekte

Sprachliche Vielfalt ist ein Teil der kulturellen Identität Deutschlands. Niederdeutsch, sorbische Sprachen und regionale Dialekte sind Ausdruck von Geschichte, Heimat und Zugehörigkeit – und verdienen eine stärkere Förderung.

Schulen, Kitas und Hochschulen in den betroffenen Regionen sollen Angebote für Niederdeutsch und regionale Mundarten bereitstellen. Dazu gehören Lernmaterialien, qualifizierte Lehrkräfte und Projekte, die Sprache und Kultur alltagsnah vermitteln. Auch die Medienlandschaft trägt Verantwortung: Öffentlich-rechtliche Sender *sollten* regelmäßig Programme in Niederdeutsch und anderen Dialekten ausstrahlen.

Dialekte sind nicht nur ein Stück Tradition, sondern auch ein Mittel der Integration. Kulturvereine, Literatur- und Musikprojekte sowie Theater sollen deshalb Unterstützung erhalten, wenn sie regionale Sprachen lebendig halten. Ein Bundesprogramm zur Dialektförderung bündelt diese Initiativen und erleichtert die Finanzierung.

Auch im öffentlichen Raum sollen Dialekte stärker sichtbar sein – etwa durch zweisprachige Beschilderungen oder die Möglichkeit, Amtswege in regionaler Sprache zu erledigen. So bleibt die Vielfalt nicht nur ein kulturelles Erbe, sondern ein gelebter Teil des Alltags.

Sprache und Dialekt sind damit mehr als Folklore: Sie stärken das Gemeinschaftsgefühl, vermitteln Werte und schaffen regionale Identität in einem modernen, vielfältigen Deutschland.

Gleichzeitig wird eine Ausweitung des Sprachstatus auf Fremdsprachen wie Arabisch, Türkisch oder andere nicht-historische Sprachen als Unterrichtsfach, Amtssprache oder offizielles Verwaltungsinstrument klar abgelehnt. Integration bedeutet das Erlernen der deutschen Sprache; regionale Dialekte und geschützte Minderheitensprachen haben ihren Platz, nicht jedoch neue Parallelsprachen im öffentlichen Leben.

Sprache und Dialekt sind damit mehr als Folklore: Sie stärken das Gemeinschaftsgefühl, vermitteln Werte und schaffen regionale Identität in einem modernen, vielfältigen Deutschland.

Sport

Sport ist mehr als Bewegung – er ist Gesundheit, Integration, Bildung und Identität. Ein Land, das Sport fördert, investiert in die Lebensqualität seiner Bürger und in seine internationale Ausstrahlung.

Wir wollen den Breitensport stärken, indem wir in die Infrastruktur investieren: Sportplätze, Schwimmbäder, Hallen und Vereine brauchen moderne Ausstattung und verlässliche Finanzierung. Gleichzeitig unterstützen wir den Leistungssport, damit Deutschland international konkurrenzfähig bleibt. Nachwuchsförderung ist uns dabei besonders wichtig – vom Schulsport bis zu Talentschmieden.

Große internationale Sportveranstaltungen sind für uns nicht nur sportliche Höhepunkte, sondern auch Chancen für Tourismus und Standortmarketing. Deutschland soll sich regelmäßig um solche Events bewerben, aber mit klaren wirtschaftlichen Kriterien, damit keine überteuerten Prestigeprojekte entstehen.

Sport ist auch Integration: Vereine leisten wertvolle Arbeit, um Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammenzubringen. Diese Arbeit wollen wir stärker fördern.

Tourismus

Tourismus ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor, gerade für ländliche Regionen und Küstengebiete. Wir wollen Deutschland als attraktives Reiseziel im In- und Ausland stärken – mit besserer Infrastruktur, weniger Bürokratie und einem ausgewogenen Verhältnis von Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Wir setzen auf eine Tourismuspolitik, die den Unternehmen vor Ort Luft zum Atmen lässt. Genehmigungen für Hotels, Restaurants und Freizeitangebote werden vereinfacht. Gleichzeitig fördern wir digitale Vermarktung, damit kleine Anbieter international sichtbar werden.

Nachhaltigkeit ist ein Ziel, aber kein Dogma. Wir unterstützen umweltfreundliche Tourismusangebote, ohne bestehende Betriebe durch überzogene Vorschriften zu belasten. Die Mehrwertsteuer in Hotellerie und Gastronomie soll schrittweise gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Deutschland hat das Potenzial, sich als Reiseziel für Kultur, Natur, Sport und Wellness noch stärker zu etablieren – wir wollen dieses Potenzial heben.

Umwelt und Klimaschutz

Wir nehmen den Klimawandel ernst – aber wir glauben nicht an staatliche Verbote und dirigistische Planwirtschaft als Lösung. Unser Weg ist die Kombination aus

Programm der Democratiae Liberales

marktwirtschaftlichen Instrumenten, technologischem Fortschritt und internationaler Kooperation.

Der wichtigste Hebel ist eine wirksame CO₂-Bepreisung, deren Einnahmen vollständig an Bürger und Unternehmen zurückgegeben werden. So wird Klimaschutz belohnt, ohne dass der Staat zusätzliche Einnahmen generiert.

Wir setzen auf Technologieoffenheit: Wind- und Solarenergie sind wichtig, doch ebenso brauchen wir Investitionen in Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Speichertechnologien und – solange sie sicher und effizient betrieben werden kann – auch in Kernkraft. Klimaschutz braucht Vielfalt und Innovationskraft, nicht Verbote.

Deutschland allein kann das Weltklima nicht retten. Deshalb setzen wir auf internationale Kooperation: Emissionshandelssysteme müssen global ausgebaut werden, um dort Wirkung zu entfalten, wo der Ausstoß am höchsten ist. Gleichzeitig unterstützen wir Entwicklungsländer beim Umstieg auf klimafreundliche Technologien.

Unser Ziel: Klimaschutz, der wirkt – ohne Freiheit und Wohlstand zu opfern.

Verkehr

Mobilität ist ein Grundrecht moderner Gesellschaften. Menschen wollen frei entscheiden können, wie sie sich fortbewegen, und Unternehmen brauchen leistungsfähige Verkehrswege, um im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Wir lehnen ein pauschales Tempolimit ab. Stattdessen setzen wir auf intelligente Verkehrssteuerung, die sich an Wetter, Verkehrsdichte und Sicherheit orientiert. Moderne Technologien ermöglichen flexible und effiziente Lösungen, ohne Millionen Autofahrer durch starre Vorschriften zu bevormunden.

Der Schienenverkehr hat für uns Priorität beim Ausbau. Mehr Güter gehören auf die Schiene, um Straßen und Umwelt zu entlasten. Gleichzeitig wollen wir den Personenverkehr per Bahn attraktiver machen: durch schnellere Verbindungen, moderne Züge und digitale Buchungssysteme.

Straßen und Brücken bleiben unverzichtbar und müssen modernisiert werden. Wir setzen zudem auf technologieoffene Antriebe: Elektromobilität, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe – alles hat seinen Platz, solange es wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist. Unser Ziel ist ein Verkehrssystem, das frei, leistungsfähig, klimafreundlich und zukunftssicher ist.

Verteidigung

Sicherheit nach innen und außen ist die Grundlage von Freiheit. Eine wehrhafte Demokratie braucht Streitkräfte, die ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können. Die Bundeswehr ist seit Jahren chronisch unterfinanziert und bürokratisch überlastet. Das muss sich ändern.

Programm der Democratiae Liberales

Wir verpflichten uns klar zum NATO-Ziel von 2 % des BIP für Verteidigungsausgaben. Dieses Geld muss jedoch effizient eingesetzt werden: weniger Bürokratie, schnellere Beschaffung, bessere Ausbildung. Soldaten sollen modernste Ausrüstung haben, die funktioniert und einsatzbereit ist.

Die Bundeswehr bleibt eine Freiwilligenarmee. Wir lehnen die Wiedereinführung der Wehrpflicht ab. Wer dient, soll dies aus Überzeugung tun und dabei bestmögliche Rahmenbedingungen vorfinden – von guter Bezahlung bis zu moderner Unterbringung.

Auslandseinsätze kommen für uns nur dann infrage, wenn klare Ziele definiert, ein politisches Mandat vorhanden und realistische Erfolgsaussichten gegeben sind. Wir lehnen Einsätze ohne Exit-Strategie ab. Die Bundeswehr ist kein Instrument für symbolische Politik, sondern Garant unserer Sicherheit und Partner in internationalen Bündnissen.

Verwaltung und Digitales

Ein moderner Staat muss effizient und bürgernah arbeiten. Stattdessen erleben Bürger und Unternehmen in Deutschland noch immer endlose Formulare, Wartezeiten und Papierflut. Wir wollen die Verwaltung ins 21. Jahrhundert bringen.

Bis 2030 sollen alle einfachen Behördengänge – vom Ummelden bis zur Gewerbebeanmeldung – vollständig online möglich sein. Bis 2035 soll die gesamte Verwaltung digitalisiert sein. Dabei gilt das Once-Only-Prinzip: Jeder Bürger und jedes Unternehmen gibt Daten nur einmal an, die Verwaltung hat sie dann sicher und rechtskonform verfügbar.

Wir bauen Behördenhierarchien ab, vereinfachen Zuständigkeiten und reduzieren Genehmigungsfristen radikal. E-Government muss nicht optional, sondern Standard sein. Gleichzeitig wollen wir Behörden stärker nach Leistung messen – Wartezeiten, Bearbeitungsdauer und Servicequalität sollen transparent veröffentlicht werden.

Eine moderne Verwaltung ist der Schlüssel zu mehr Freiheit und weniger Bürokratie. Der Staat ist Dienstleister, nicht Bittsteller.

Wirtschaft und Energie

Wohlstand entsteht nicht durch Umverteilung, sondern durch Wertschöpfung. Unser Ziel ist eine Wirtschaftspolitik, die Leistung belohnt, Investitionen fördert und den Bürgern mehr von ihrem Einkommen lässt.

Programm der Democratiae Liberales

Wir garantieren: Es wird keine Steuererhöhungen geben. Unternehmenssteuern sollen auf einen einheitlich niedrigen Satz gesenkt werden, damit Unternehmen Planungssicherheit haben. Gründer erhalten steuerliche Erleichterungen und vereinfachte Buchführung in den ersten drei Jahren. Bürokratische Auflagen werden abgebaut, Unternehmensgründungen vollständig digitalisiert.

Offene Märkte und Freihandel sind Grundlage unseres Wohlstands. Wir setzen uns für den Abbau von Handelshemmnissen ein und wollen Deutschland als Standort für Investitionen attraktiver machen.

In der Energiepolitik gilt Technologieoffenheit: Solar, Wind, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Kernkraft und Speichertechnologien haben alle ihren Platz. Energiesicherheit muss gewährleistet sein – durch Diversifizierung der Quellen, Netzausbau und marktwirtschaftliche Regeln. Staatliche Planwirtschaft lehnen wir ab.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entwicklungspolitik muss sich von dauerhaften Transfers verabschieden. Unser Ziel ist es, Länder zu eigenständigen Partnern zu machen. Hilfe zur Selbsthilfe ist der Leitgedanke.

Wir knüpfen Entwicklungshilfe an klare Bedingungen: Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Reformbereitschaft. Projekte, die in korrupten Strukturen versickern, werden beendet. Stattdessen investieren wir in Bildung, Infrastruktur und Unternehmertum.

Handelspartnerschaften haben Vorrang vor Subventionen. Private Investitionen sollen durch faire Investitionsschutzabkommen abgesichert werden. Deutschland kann mit Know-how, Technologie und Bildung mehr bewirken als mit dauerhaften Finanztransfers.

Unser Ziel ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe – keine Einbahnstraße der Abhängigkeit.

Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und dennoch ist Wohnraum in vielen Städten knapp und teuer. Der Grund liegt nicht im Markt, sondern in zu viel Bürokratie und zu langen Genehmigungsverfahren.

Wir wollen Bauvorschriften entschlacken, Fristen verkürzen und Genehmigungen digitalisieren. Bauherren sollen Planungssicherheit haben, Kommunen mehr Freiheit bei der Ausweisung neuer Bauflächen. So entsteht schneller neuer Wohnraum.

Statt starrer Mietprelsbremsen setzen wir auf Richtwerte, die Orientierung geben, aber Eigentumsrechte respektieren. So schaffen wir Transparenz, ohne Investitionen in Wohnungsbau zu hemmen.

Programm der Democratiae Liberales

Städteentwicklung soll nachhaltig und lebenswert sein: mit guter Anbindung an Verkehr, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote. Ländliche Räume dürfen dabei nicht abgehängt werden – auch dort braucht es mehr Wohn- und Infrastrukturangebote.

Wahlen und Direktdemokratie

Eine starke Demokratie lebt von Beteiligung. Wir wollen, dass Bürger mehr Möglichkeiten haben, selbst Einfluss zu nehmen.

Entscheidungen auf kommunaler Ebene sollen künftig direkt per Abstimmung getroffen werden können, wenn sie von besonderer Bedeutung sind. Gemeinden, Städte und Landkreise sollen so mehr Mitsprache für ihre Bürger ermöglichen.

Das Wahlalter wird bundesweit und in allen Ländern einheitlich auf 16 Jahre gesenkt. Junge Menschen sind politisch interessiert und sollen früher die Möglichkeit haben, mitzubestimmen.

Die Meinungsfreiheit ist für uns ein Kernwert. Wir wollen sie ausweiten, indem unnötige Einschränkungen gestrichen werden. Der Straftatbestand der „Politikerbeleidigung“ wird abgeschafft – Kritik an Mandatsträgern darf nicht stärker sanktioniert werden als Kritik an jedem anderen Bürger.

Unsere Demokratie lebt vom offenen, manchmal auch scharfen Streit. Wir vertrauen darauf, dass freie Bürger mit Freiheit verantwortungsvoll umgehen können.

Ehemalige DDR-Bundesländer

Die Democratiae Liberales fordern eine konsequente Förderung der neuen Bundesländer – Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen – um echte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen. Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung bestehen weiterhin Unterschiede, die wir durch gezielte Politik überwinden wollen.

Wir fordern die Einführung eines strukturellen Förderrahmens, der Investitionen in ostdeutsche Regionen steuerlich begünstigt und Bürokratie bei Gründungen abbaut. Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) in den neuen Bundesländern sollen bevorzugten Zugang zu Innovations- und Digitalisierungsprogrammen des Bundes erhalten. Großprojekte im Bereich erneuerbare Energien, Speichertechnologien und Wasserstoff sollen prioritär in ostdeutschen Bundesländern angesiedelt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaftskraft zu steigern.

Im Bereich Infrastruktur fordern wir eine beschleunigte Modernisierung des Schienen- und Straßennetzes. Besonders ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sollen durch bessere Bahnanbindungen, schnelle Straßenverbindungen und zuverlässigen ÖPNV aufgewertet werden. Glasfaser- und Mobilfunkausbau müssen bis 2030 vollständig abgeschlossen sein, um gleiche digitale Chancen zu garantieren. Wir fordern, dass alle

Programm der Democratae Liberales

Förderprogramme zur Digitalisierung vorrangig in den ostdeutschen Bundesländern umgesetzt werden.

Bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen setzen wir uns für eine verbindliche Angleichung an das westdeutsche Niveau ein. Wir fordern eine stärkere Kontrolle gegen Lohndumping und mehr Tarifbindung, insbesondere in der Pflege, im Handwerk und in der Industrie. Unternehmen, die sich in den neuen Bundesländern ansiedeln, sollen verpflichtet werden, faire Arbeitsbedingungen zu garantieren.

Im Bereich Bildung und Forschung fordern wir den gezielten Ausbau von Hochschulen, Forschungszentren und Fachhochschulen in den ostdeutschen Bundesländern. Bundesförderung für Universitäten und Forschungsprojekte soll vorrangig in den neuen Ländern stattfinden, um dort einen dauerhaften Innovationsschub auszulösen. Lehrkräftegewinnung muss durch spezielle Anreizprogramme in strukturschwachen Regionen gestärkt werden. Zudem fordern wir eine enge Kooperation von Schulen und regionaler Wirtschaft, damit junge Menschen vor Ort attraktive Berufsperspektiven finden.

Wir fordern außerdem die Stärkung der regionalen Kultur und Identität. Fördermittel für Kulturprojekte, Denkmalschutz und regionale Traditionen sollen aufgestockt werden. Museen, Theater, Musik- und Jugendkultur sollen verstärkt unterstützt werden, um das kulturelle Leben zu sichern und die Attraktivität der Regionen zu steigern.

Zur politischen Repräsentation der neuen Bundesländer fordern wir eine gesetzliche Garantie, dass ostdeutsche Vertreter in allen bundesweiten Gremien und Kommissionen angemessen vertreten sind. Dies schließt Bundesministerien, Beiräte und große Bundesunternehmen ein.

Die Democratae Liberales fordern damit ein Gesamtpaket, das Wirtschaftskraft, Lebensqualität und demokratische Teilhabe in den neuen Bundesländern nachhaltig stärkt. Nur durch eine gezielte, verbindliche Politik erreichen wir die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die im Grundgesetz garantiert ist.

Programm der Democratae Liberales

Gezeichnet:

Aaron Maas, Vorsitzender

Markus Fechner, Co-Vorsitzender

Bernd Bas, Pressesprecher und -vertreter

Bei Fragen oder Anliegen bitte ein Ticket auf dem Discord-Server öffnen, bei einer möglichen Regierung sehen wir uns vor, vom Programm leicht abzuweichen, aber liberale Grundsätze beizubehalten.

Mit freundlichen Grüßen,

Der Vorstand.